

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 203 vom 16.12.2015

Rot-rot lehnt bessere Ausstattung der Brandenburger Sicherheitsbehörden zur Terrorabwehr ab

### **Björn Lakenmacher: Sicherheitsbehörden werden zum zahnlosen Tiger**

In Deutschland gibt es ca. 45.000 Personen mit einem islamistischen Hintergrund, allein in Brandenburg leben mindestens 40 sogenannte islamistische Extremisten. Angesichts dieser Bedrohungen forderte die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag die bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden, um den Terrorgefahren besser begegnen zu können. Dazu sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Björn Lakenmacher:

„Die freie Entfaltung der Person, Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit und die Religionsfreiheit sind konstitutive Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die islamistischen Terroristen mit ihrer radikalen Ideologie stehen gegen all diese Errungenschaften unserer Demokratie und bedrohen unsere freiheitliche Lebensweise. Mit dem Wissen, dass es eine absolute Sicherheit nicht geben kann, man aber immer den bestmöglichen Schutz der Menschen gewährleisten muss, stehen die Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes vor der Herausforderung, unverzüglich und wirksam auf die erhöhten Sicherheitsrisiken zu reagieren.“

Die jahrelange von rot-rot betriebene Personalabbaupolitik bei Polizei und Verfassungsschutz hat eine deutliche Verringerung der Leistungsfähigkeit der Behörden zur Folge. Über 40% Personalabbau in den Bereichen der Polizei, die für den Bereich der Abwehr der Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus zuständig sind und nach den Planungen in 2018 nur 83 übrig gebliebene von ehemals über 120 Stellen beim Verfassungsschutz als unverzichtbare Sicherheitsbehörde, die wichtige Informationen über extremistische Bestrebungen von links, von rechts und im Islamismusbereich liefern soll, sind erschreckende Zahlen.

Der Antrag forderte Maßnahmen für die innere Sicherheit, Maßnahmen für die Abwehr von Terrorgefahren sowie Maßnahmen zum Schutz der Menschen in unserem Land. Die Regierungsfractionen haben mit der Ablehnung unseres Antrages die Brandenburger Sicherheitsbehörden zu einem zahnlosen Tiger gemacht.“

Anhang: Antrag der CDU-Fraktion: ‚Terrorgefahren sofort wirksam begegnen - Sicherheitsbehörden besser ausstatten‘